

## Schwaetzer: Offene Gesellschaft muss mit Feinden leben

**Lemgo** (epd). Die Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Irmgard Schwaetzer, hat sich für inhaltliche Auseinandersetzungen mit Pegida- und AfD-Sympathisanten ausgesprochen. Freiheit gebe es nicht umsonst, sondern müsse immer verteidigt werden, sagte Schwaetzer am 18. Januar in Lemgo. Das Schüren von Ängsten sei das Mittel von Populisten, um sich Zustimmung zu verschaffen, sagte sie. Bestehende Sorgen sollten ernst genommen werden. Sie sollten aber nicht entscheidend sein, wenn um Problemlösungen gestritten werde. Deshalb sei sie für ernsthafte Diskussionen mit den Pegida-Demonstranten und AfD-Sympathisanten, die reden wollten.

Hass und Ausgrenzung dürften jedoch nicht das letzte Wort haben, unterstrich Schwaetzer. Schweigen sei keine Alternative. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes über die NPD sei ein Appell in die Kraft der Bürger, sich gegen Extremisten zu wehren. Die offene Gesellschaft müsse mit ihren Feinden leben, solange diese keine reale Chance haben, die verfassungsmäßige Ordnung umzustürzen, sagte Schwaetzer in ihrem Vortrag über Recht und Freiheit anlässlich des 500. Reformationsjubiläums.



**Irmgard Schwaetzer**  
epd-bild / Neetz

Die Demokratie setze den Rahmen für das friedliche Zusammenleben in einer offenen, pluralen Gesellschaft, sagte die EKD-Synoden-Präses weiter. Ein funktionierender Rechtsstaat schaffe die Grundlage gegen willkürliche Ausgrenzung und Diskriminierung von Andersdenkenden und Fremden. Jetzt gehe es darum, die offene Gesellschaft und die Demokratie insgesamt zu verteidigen.

Aufgabe der Kirchen ist nach Worten Schwaetzers sich an den öffentlichen Diskursen zu beteiligen. Zudem sollten sie die politisch Verantwortlichen daran erinnern, sich für die Förderung des friedlichen Zusammenlebens einzusetzen. Kirchen sollten jedoch nicht die Politik kommentieren. Sie könnten und wollten der Politik nicht die Last der Entscheidung der konkreten Rahmenbedingungen abnehmen.

Kirche werde sich aber an der Gestaltung einer Gesellschaft beteiligen, unterstrich Schwaetzer. Dabei solle Kirche auch selbst aktiv werden und eigene Maßnahmen ergreifen, die zu Verständigung und Frieden beitragen. Mit dem Geist der Nächstenliebe werde so das Evangelium sachgerecht verkündet.

Die EKD-Synoden-Präses und frühere FDP-Politikerin sprach in einer Vortragsreihe der Lutherischen Klasse der Lippischen Landeskirche zum Reformationsjahr. Die Stadt Lemgo wurde von der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) als eine der »Reformationsstädte Europas« ausgezeichnet.

## Soldatengottesdienst in Köln Kardinal Woelki warnt vor nationalistischen Tendenzen

**Köln** (epd). Der Kölner Erzbischof Rainer Maria Woelki hat vor nationalistischen Tendenzen in der Politik gewarnt. »Je mehr Nationalismus unsere politisch Verantwortlichen leitet, umso gefährdeter ist der Frieden für alle«, sagte er am 19. Januar im internationalen Soldatengottesdienst zum Weltfriedenstag im Kölner Dom. Die Verhältnisse in der Welt wandelten sich immer dort zum Schlechteren, »wo die Stärkeren auf Kosten der Schwächeren leben und wo nationalistische Tendenzen den universalen Ideen der Völkerverständigung entgegenstehen«.

Der Gottesdienst wurde von Protesten auf der Domplatte begleitet. Zu der Kundgebung hatte die Kölner Gruppe der Deutschen Friedensgesellschaft aufgerufen,

die einen Stopp der Soldatengottesdienste und der Bundeswehrauslandseinsätze forderte.

### Friedensdemo vor dem Dom

Woelki betonte, für die Kirche sei immer der Frieden das Ziel und nie der Krieg, »auch nicht ein sogenannter gerechter Krieg«. Die Kirche fordere deshalb nachdrücklich, Gewaltanwendung aus der internationalen Politik zu verbannen und zu ächten. Trotzdem sei der Dienst von Soldaten und Soldatinnen unverzichtbar und auch ethisch gerechtfertigt, sagte der Erzbischof: »Denn auch eine Politik, die sich am Prinzip der Gewaltfreiheit ausrichtet, kann in Situationen geraten, in denen die Anwendung militärischer Gewalt als das kleinere Übel ethisch geboten sein kann.«

Grund könne zum Beispiel eine Solidaritätspflicht gegenüber Verbündeten oder von Gewalt bedrohten und